

## Mängel in der Verwaltungsführung

### Oberverwaltungsgericht sieht Untätigkeit als äußerst bedenklich

**Ostseebad Boltenhagen (pki).** Am 25.10.2012 trafen sich Boltenhagens Gemeindevertreter zu einer weiteren Sitzung. Die Tagesordnung für den öffentlichen Teil schien nicht von großem Interesse zu sein, denn gerade einmal 13 Bürgerinnen und Bürger nahmen an der Sitzung teil. Die Änderung eines Planes in Wichmannsdorf galt der Legalisierung eines Verstoßes gegen den alten B-Plan und die Verlängerung der Veränderungssperre um ein weiteres Jahr für den B-Plan 'Alt-Boltenhagen' soll, nach zwei Jahren Untätigkeit nunmehr Schlimmeres verhindern. Das Oberverwaltungsgericht Greifswald hatte den alten B-Plan Nr. 20 nach einer Normenkontrollklage eines Grundstückseigentümers (ehemals 'Haus Rehse') aufgehoben. Ein wichtiger Punkt

war die Erhöhung der Haushaltsposition für die Neubeschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeuges für die freiwillige Feuerwehr, hier wurden weitere 9.790,41 Euro bereitgestellt.

An der regen Sitzungstätigkeit der Gemeinde Boltenhagen kann sich der Amtsausschuss Klützer Winkel ein Beispiel nehmen. Bis zum 21.06.2012 haben 5 Sitzungen stattgefunden. Danach scheint das Amt in einen unerklärlichen Tief schlaf gefallen zu sein, denn selbst das Oberverwaltungsgericht sah sich am 28.09.2012 veranlasst, dem Amt folgenden Weckruf mitzuteilen: „Das schon in der Vergangenheit festgestellte Verfahren, als Vertreter einer Behörde nicht fristgemäß trotz mehrfacher Fristverlängerungen und -erinnerungen sich nicht zu äußern, erscheint

vor dem Hintergrund der einer Behörde obliegenden Mitwirkungsobliegenheiten äußerst bedenklich.“ Das Schreiben des Vizepräsidenten des Oberverwaltungsgerichts, Prof. Dr. Sauthoff, liegt dem MARKT vor und es ist ein weiterer Hinweis auf Mängel in der Arbeit der Verwaltungsführung. Hier noch von einem ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung zu sprechen, ist doch sehr gewagt. Dazu häufen sich Beschwerden von Bürgern und selbst Gemeindevertretern zur Amtsführung, da es auf schriftliche Nachfragen keine Antworten gibt. Die Probleme stauen sich auf, denn für alle Gesetzesverstöße wird die Frage nach der persönlichen Verantwortung des Amtsvorstehers Neick und der leitenden Verwaltungsbeamten Pardung gestellt werden.